

(Mernizka (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, ich will hier nicht meine vorgefertigte Rede halten. Ich will nur eines sagen: wer den Eindruck erweckt, dieses Land sei bankrott, stehe vor der Pleite, der tut diesem Land Schaden an.

(Zustimmung bei der SPD - Fortgesetzt  
lebhaftes Zurufe von der CDU)

Sie haben dies in Ihren wirtschaftspolitischen Aussagen ganz klar getan. Der Finanzminister, meine Damen und Herren - -

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mal zu, Sie alten Krähhähne!

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Der Finanzminister, meine Damen und Herren, hat nicht mehr und nicht weniger getan als die finanzpolitische Situation des Landes dargestellt,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

und das ist ja wohl seine Aufgabe! Und was haben Sie getan? Sie wollten noch mehr haben über das hinaus, was das Land überhaupt leisten kann. Dann sind Sie im finanzpolitischen Sinne eigentlich die Pleitemacher und nicht wir! Damit das klar ist!

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

(B)

Meine Damen und Herren, um noch einmal auf die unwahren Behauptungen zurückzukommen, die ja gemacht werden, um hier kurzfristige parteiopportunistische Zielvorstellungen zu verwirklichen: Sie haben behauptet, die Mittel für die Bergbauforschung seien gekürzt worden, und damit sei dort nicht mehr das möglich, was dort eigentlich getan werden sollte.

Meine Damen und Herren, gucken Sie sich die Haushaltsposition an. Sie, die Sie länger in diesem Ausschuß sind, wissen das viel besser als ich. Es ist eindeutig klar, daß mit den veranschlagten Förderungsmitteln bei der Bergbauforschung alles das durchgeführt werden kann, was vorgesehen ist, und sogar neue, zusätzliche Aufgaben wahrgenommen werden können.

(Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

Sie haben hier etwas anderes behauptet, und das stimmt nicht, und das ist die Unwahrheit, Frau Thoben. Gucken Sie sich das an! Ich will Ihnen das hier nicht vorlesen; das können Sie selbst lesen.

(C) Dieses Land, meine Damen und Herren, hat eigentlich eine Opposition nötig, die dieses Land auch gegen Schmähungen von außen vertritt. Denn dieses Land ist es nach dem Krieg gewesen, was mit zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat.

Dieses Land ist es gewesen, was durch seine Arbeitnehmer und seine Unternehmer die Bundesrepublik in schweren Zeiten instand gehalten hat, und dieses Land muß es auch weiter sein: ein wichtiger Pol der Industriepolitik und Wirtschaftspolitik in dieser Bundesrepublik, und dazu gehört, auch einmal gut über dieses Land zu reden und es nicht schlecht zu machen, wie Sie das tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse abstimmen, und zwar über den Einzelplan 08. Änderungsanträge liegen nicht vor, meine Damen und Herren!

Wer dem Entwurf dieses Einzelplans entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/728 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen.

Ursprünglich, meine Damen und Herren, war vereinbart, jetzt die Abstimmung über die Einzelpläne 05 und 06 durchzuführen.

(D)

(Zurufe: Ja!)

Aber der Wohnungsbauausschuß tagt mit Genehmigung des Präsidenten, und ich bin gebeten worden, diese Abstimmung zurückzustellen, weil im Zusammenhang mit dem Einzelplan 05 eine namentliche Abstimmung - über einen Änderungsantrag der CDU - vorgesehen ist.

Ich rufe deswegen auf:

Einzelplan 09: Minister für Bundesangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/729.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, das ist eine Vereinbarung, die getroffen worden ist und an die ich mich hier als Präsident halte. Ich bitte das zu respektieren!

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Heimes von der Fraktion der CDU.

Dr. Heimes (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Ihr Ministerium für Bundesangelegenheiten hat - für 1986 jedenfalls so vorgesehen - ein finanzielles Gesamtvolumen von 3 737 900 DM. Da könnte man die gelassene Frage stellen, lohnt darüber eine Diskussion überhaupt? 3,7 Millionen DM von 57 000 Millionen DM des Gesamthaushalts, ein Zuwachs gegenüber 1985 von 235 700 DM oder circa 7 %. Aber vielleicht findet sich etwas Typisches für diese Landesregierung in diesem Ministerium. Es soll immerhin die Interessen des Landes in Bonn vertreten. Es ist ein bundespolitisches Instrument des Ministerpräsidenten.

Herr Ministerpräsident, 1980, im Jahr der Landtagswahl, war die Bundesregierung unter Führung Ihrer Partei schon im Stande des Niedergangs. Damals haben Sie alle Interessen des Landes hinter der im Wahlkampf lautstark vertretenen Forderung zurückgestellt: Rau wählen, damit Helmut Schmidt weiter regieren kann!

Dieser These entsprechend hatten Sie die Forderungen an Bonn, zum Beispiel für gerechtere Stahlregelungen in Brüssel, erst gar nicht vorgetragen, wie namhafte Journalisten Ihnen damals bescheinigen und vorwerfen mußten.

- (B) Sie haben Bonn abgeschirmt - zum Schaden für Arbeitsplätze in unserem Lande. Sie haben z. B. auch die Welle der Technikfeindlichkeit der SPD-Bundespolitik mitgemacht, um grüne Randwähler zum Vorteil Ihrer Partei zu gewinnen - zum Schaden, Herr Ministerpräsident, für Arbeitsplätze in unserem Lande. Mir scheint diese Feststellung im Hinblick auf das wichtig zu sein, was Herr Professor Jochimsen hier eben über das bundespolitische Engagement der CDU dieses Landes gesagt hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Ihr Ministerium für Bundesangelegenheiten hat die Interessen unseres Landes nicht glaubhaft vertreten. Die Herrschaft Ihrer Partei ging Ihnen vor.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Dennoch hat die SPD-Regierung in Bonn wegen ihrer Mißerfolge abtreten müssen. Nun ist die CDU-geführte Bundesregierung zu Ihrem Schrecken erfolgreich, meine Damen und Herren von der SPD:

(Lachen bei der SPD)

Endlich kommt die Wirtschaft in Gang - das werden Sie wohl kaum leugnen -, die Finanzen sind wieder unter Kontrolle, neue soziale Leistungen für mehr Gerechtigkeit werden möglich, die Renten sind sicher, der Geldwert ist stabiler als je unter SPD-Bundesregierungen, Steuern können gesenkt werden, die Zahl der Arbeitsplätze konnte als erster Schritt zum Abbau der Arbeitslosigkeit erhöht werden.

(Zurufe von der SPD)

Und wie verhält sich jetzt die Landesregierung gegenüber Bonn, Herr Ministerpräsident? Gehören Sie jetzt auch zu den Anwälten, die die Bonner Regierung stützen wollen? Unser Land Nordrhein-Westfalen hat ja auch seinen Anteil an den Erfolgen der neuen Bonner Politik, die wir auch hier bei den Haushaltsberatungen zur Kenntnis nehmen können. Wollen Sie die neue Zukunftshoffnung der Menschen stützen - was wäre das für eine Chance! -, oder wollen Sie jetzt finstere Zukunftsbilder malen? Sie wissen selbst, daß meine letzte Frage rhetorisch war. Natürlich ist jetzt wieder das Herrschaftsinteresse Ihrer Partei im Vordergrund. Jetzt beschuldigen Sie Bonn, in Brüssel nicht genügend für den Stahl zu erreichen, obwohl sich die Regierung Kohl erfolgreich bemüht hat, Ihre schlimme Hypothek schrittweise abzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt wollen Sie Einsparungen der Bundesregierung rückgängig machen, und Sie reden von sozialer Demontage durch Bonn. Sie haben die Ankündigung, alle Einsparungen der CDU-Bundesregierung im sozialen Bereich rückgängig machen zu wollen, ja wieder zurückgenommen, von der aber Herr Farthmann kürzlich im Fernsehen meinte, Sie hätten sie nicht zurückzunehmen brauchen.

Gleichzeitig haben Sie in Ihrem Lande Sozialleistungen gekürzt. Einzelheiten hat die Debatte zum Einzelplan 07 hier hinreichend deutlich gemacht. Meine Damen und Herren! 1980 bis 1985 wurden die Bürger im Lande Nordrhein-Westfalen im sozialen Bereich insgesamt mit 1,8 Milliarden DM durch Sie unnötigerweise belastet!

Für alles und jedes, was Ihnen durch Ihre Fehler mißlungen ist, wird jetzt Bonn verantwortlich gemacht. Durch Ihre schlechte Finanzpolitik der letzten wenigstens 15 Jahre haben wir heute keine Landesmittel für die Ankurbelung von strukturellen Verbesserungen unserer Wirtschaft frei. Neue Techniken müssen sich Ihnen zum Trotz durchsetzen und werden nur mit verhaltenem Widerstand akzep-

(C)

(D)

(Dr. Heimes (CDU))

- (A) tiert. Altlasten sind für Sie ein unlösbares Problem geworden, Herr Wirtschaftsminister. Nichts geht mehr! So stehen Sie da mit leeren Taschen und schreien, Bonn müsse Ihre Taschen füllen. Warum schimpfen Sie eigentlich über eine Politik in Bonn, der als einziger Sie doch offenbar noch die Fähigkeit zutrauen, Ihre Probleme im Lande Nordrhein-Westfalen zu lösen?

(Beifall bei der CDU - Henning (SPD):  
So simpel geht das!)

Herr Ministerpräsident, es geht Ihnen nicht um die Sache, es geht Ihnen um Ihre Macht, die Macht Ihrer Partei.

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Ihr Ministerium für Bundesangelegenheiten sollten Sie anweisen, die wirklichen Interessen des Landes zu vertreten, unabhängig von dem, der in Bonn erfolglos oder - wie jetzt - erfolgreich regiert. Dann wären doch auch wir, die CDU-Fraktion, bereit, mit Ihnen die Schlagkraft dieses Ministeriums zu diskutieren, seine optimale personelle und sachliche Ausstattung zu erörtern.

- (B) Am 15. Januar hat Ihr Minister für Bundesangelegenheiten, Herr Einert, im Hauptausschuß die Aufgaben seines Ministeriums umschrieben: 1. Kontakte zur Bundesregierung, 2. Kontakte zu den Auslandsvertretungen in Bonn, 3. unabhängig, wie er sagte, von der Außenvertretung Nordrhein-Westfalens durch Ministerpräsident und Staatskanzlei Kontakte zu den europäischen Institutionen.

Herr Einert hat dann festgestellt, diese Aufgaben könne er allein nicht ausfüllen, dafür brauche er die Staatssekretärin - die es vorher als Planstelle in diesem Ministerium ja noch nicht gegeben hat -, und zwar nicht als Verwaltungschef, so sagte er, sondern als politische Spitze.

Haben wir hier den Grund dafür, warum das Ministerium bisher so wenig überzeugend war, oder doch mehr in der fragwürdigen Aufgabenanweisung durch den Ministerpräsidenten?

(Dr. Dr. Aderhold (SPD): Leere Hül-  
sen!)

Und, meine Damen und Herren, in welche Kategorie gehört eigentlich die Tätigkeit dieses Ministeriums im Bereich der Rechtsermittlungen, die wir am 31. Januar dieses Jahres z. B. in der "Rheinischen Post" lesen konnten? Auf Briefbogen des Ministers wurde der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, man habe am 03.09.1980 ein Vier-Augen-Gespräch zwischen

Graf Lambsdorff und von Brauchitsch beobachtet. Zu diesem Zeitpunkt war Lambsdorff Minister im Kabinett Schmidt. Wer ordnet eigentlich solche Aufgaben an? (C)

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Dorn  
(F.D.P.): Sehr wahr!)

Man könnte allerdings darüber knobeln, Herr Ministerpräsident, ob der Inhalt dieser Beobachtung oder die Tatsache dieser Beobachtung oder deren amtliche Mitteilung auf einem Briefbogen dieser Regierung lächerlicher ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lassen wir jetzt einmal die sicherlich wünschenswerten freundschaftlichen Kontakte zu Auslandsvertretungen außer acht, sondern fragen wir: Was ist mit Europa? Hier gibt es - wie bei Sachkontakten zu Bonner Ministerien natürlich auch - Direktkontakte von verschiedenen nordrhein-westfälischen Ministerien und die federführende Zuständigkeit des Chefs der Staatskanzlei. Er ist der benannte Europabeauftragte. Dann gibt es noch einen Interministeriellen Koordinierungsausschuß. Und was macht da das Ministerium Einert noch, unabhängig von der Zuständigkeit der Staatskanzlei, wie der Minister das selber formuliert? Sollte ein Minister für Bundesangelegenheiten nicht schon seinem Wesen nach Ressorts koordinieren? Wer koordiniert am Ende eigentlich wen: der Minister für Bundesangelegenheiten die Ressorts der Landesregierung gegenüber Bonner Ministerien und europäische Institutionen, oder tut das der Chef der Staatskanzlei oder gar der Ministerpräsident oder der Koordinierungsausschuß? Wer koordiniert das Ministerium für Bundesangelegenheiten, da manches zwischen ihm und den anderen genannten nebeneinander herläuft? (D)

(Büssow (SPD): Der Hauptausschuß!)

Wir werden demnächst noch eine Ständige Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel haben. Das ist prinzipiell sicher zu begrüßen. Aber wird dadurch die Zuständigkeit des Ministeriums für Bundesangelegenheiten klarer? Dafür eine Staatssekretärin anzufordern, nicht für die Verwaltung, wie gesagt wurde, sondern für die politische Spitze, das ist "politische Spitze".

(Beifall bei der CDU)

Übrigens ist Ihr Bonner Ministerium das teuerste Instrument aller Bundesländer für die Bundespolitik. Darin sind Sie "Spitze", Herr Ministerpräsident. Ich habe eine Auf-

(Dr. Heimes (CDU))

- (A) Stellung zur Hand, den Nachweis, daß die anderen Länder entweder keinen Minister, keinen Staatssekretär, minder bezahlte leitende Beamte oder gar Minister im Nebenamt, die zu Hause noch ein anderes Ressort verwalten, in ihrer Vertretung haben. Alle leisten sich weniger Personalkosten als das Land Nordrhein-Westfalen.

(Dorn (F.D.P.): Die Entfernung zwischen Bonn und Düsseldorf ist eben zu groß!)

Dabei hat Nordrhein-Westfalen - richtig, Herr Kollege Dorn - den kürzesten Weg nach Bonn, könnte also meiner Meinung nach sicher schon darum mit weniger Beamten auskommen. Es ist übrigens eine Gaudi, mit anzuhören, wie Herr Einert überzeugt zustimmt, daß eine Stelle Ministerialdirigent nach Besoldungsgruppe B 7 wegfallen könne, sie sei eigentlich überflüssig. Das peinliche Schauspiel der angeblich beabsichtigten Versetzung des betroffenen Beamten nach Düsseldorf und seiner vergeblichen Verhandlungen um einen Wechsel zur Landeszentralbank oder in die Privatwirtschaft und seines schließlichen Verbleibens in Bonn haben wir ja erlebt. Einen kw-Vermerk für einen weiterhin tätigen Beamten, wie vom Landesrechnungshof empfohlen, hielt die Mehrheit für nicht angemessen. Gut, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion findet es verständlich, daß die Landesregierung, die für ihre Beamten Fürsorgepflicht hat, in diesem Fall der Empfehlung des Landesrechnungshofes nicht folgen möchte. Eine künftige Herabstufung der Stelle nach Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers wurde aber in Aussicht gestellt. Gleichzeitig machte Minister Einert sich stark für die im Ausschuß gewünschte Arbeitsplatzbeschreibung, die für alle Mitarbeiter, einschließlich Staatssekretärin und Ministerialdirigent, sinnvollen Einsatz nachweisen werde, wie er ankündigte. Das war schon wortreich plappernde Hilflosigkeit. Ich bin gespannt, ob bei der Arbeitsplatzbeschreibung auch die Beobachtung von Vier-Augen-Gesprächen politischer Gegner in Bonn vorkommt.

(B)

Meine Damen und Herren, warum braucht der Ministerpräsident eigentlich ausgerechnet im Zeitraum seiner Kandidatur um das Bonner Kanzleramt im Ministerium für Bundesangelegenheiten eine Staatssekretärin zur Verstärkung der politischen Spitze?

(Büssow (SPD): Weil wir neu anfangen!)

Für dieses Ministerium fehlen klare überzeugende Sachziele im Interesse unseres Landes. Es gibt keine klaren Abgrenzungen und Koordinierungen. Ich sehe viele Einladungen

zu Gesprächen, Getränken, Mahlzeiten - mit Bundesangelegenheiten hat das oft wenig zu tun. Wenn Sie sich im Haushalt einmal die Positionen mit Zuwachs der Ausgaben ansehen, dann fällt auf, daß darunter Dienstreisen sind, Aufwendungen zur Durchführung von Veranstaltungen, für die Betreuung von Besuchern und Aufwendungen für die Durchführung von Ausstellungen. Sollte die neue Stelle einer Staatssekretärin vielleicht eine Belohnung für eine verdiente Mitarbeiterin und Genossin sein? Wie wollen Sie, Herr Ministerpräsident, wenn dem so ist, das vor den Menschen unseres Landes erklären, denen Sie Sozialleistungen streichen?

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wie wollen Sie die Verteuerung des Apparates allen anderen Bundesländern erklären, von denen Sie im Länderfinanzausgleich Geld für das im Vergleich arm gewordene Land Nordrhein-Westfalen verlangen, Herr Wirtschaftsminister? Oder soll vor allem der Propagandaapparat des Parteikandidaten der SPD für das Amt des Bundeskanzlers unter Mißbrauch von nordrhein-westfälischen Steuermitteln ausgebaut werden, koste es, was es wolle?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Nein, das ist nicht der Fall!)

Dennoch muß ich Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident, dafür spricht, daß die neue Staatssekretärin ja nicht wegen ihrer bisherigen Verwaltungserfolge nach Bonn gehen kann, auch nicht wegen ihrer herausragenden bundes- oder europapolitischen Erfahrungen. Sie war Ihre Pressesprecherin, Herr Ministerpräsident. Sie hat Erfahrungen im Verkaufen, in Propaganda. So bleibt der neue Hit dieses Ministeriums im bekannten Stil? Das nordrhein-westfälische Ministerium für Bundesangelegenheiten dient oder soll doch der Machterhaltung der SPD im Land und der Machtergreifung in Bonn dienen. Wer wundert sich eigentlich noch über schlechtes Ansehen von Parteien bei Bürgern, die so etwas schließlich zu ihrem Verdruß erkennen und doch geglaubt hatten - -

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau: Machtergreifung? Machtergreifung?)

Präsident Denzer: Herr Kollege Dr. Heimes!

(Dr. Heimes (CDU): Ich bin beim letzten Satz!)

- Ich unterbreche Sie trotzdem. Ich werde dies im Protokoll, wenn es schriftlich vorliegt, noch einmal genau nachlesen. Sollte es

(Präsident Denzer)

(A) so angekommen sein, wie ich es hier gehört habe, werde ich Ihnen eine Rüge erteilen.

(Elfring (CDU): Wofür denn?)

- Ja, dies ist doch eindeutig. Was im Zusammenhang mit Machtergreifung gesagt worden ist, ist ein vollkommen unparlamentarischer Ausdruck.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heimes (CDU): Ich habe von Machtergreifung in Bonn gesprochen!)

Ich habe gesagt, ich werde das prüfen. Sie haben weiterhin das Wort.

(Aigner (SPD): Nehmen Sie das zurück!)

Dr. Heimes (CDU): Meine Damen und Herren! Wer wundert sich eigentlich noch über schlechtes Ansehen der Parteien bei Bürgern, die so etwas schließlich zu ihrem Verdruß erkennen und doch geglaubt hatten, in den Vorstellungen von allen Politikern habe das Gemeinwohl die erste Rolle zu spielen? Besonders die SPD, Herr Farthmann, die sich neuerdings als Partei der Anständigen und Moralischen gibt, versucht doch gerade diesen Eindruck ihrer Gemeinwohltätigkeit zu erwecken. Wenn Sie dabei angesichts Ihrer durchsichtigen Manöver in Richtung Bonn und Ihrer Inanspruchnahme von Steuermitteln für das Interesse Ihrer Partei wenigstens ein schlechtes Gewissen hätten, Herr Ministerpräsident!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD hat das Wort Herr Abg. Büssow. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorredner hat noch einmal die Gelegenheit genutzt - vielleicht weil es sich hier um das Ministerium für Bundesangelegenheiten handelt -, die Fortsetzung der Debatte von gestern zu führen. Bitte schön.

Sie haben die CDU-Bundesregierung in Bonn als erfolgreich dargestellt. Ich habe gestern schon daraufhingewiesen: Die Gegenrede dazu hat wirklich Kollege Barschel aus Schleswig-Holstein geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Er hat gesagt, 5 % der 6 %, die in Schleswig-Holstein verlorengegangen sind, gehen auf die Politik gegen den AFG-

Paragraphen 116 zurück, gegen die Gewerkschaften, auf die Nichtlösung der Frage der Arbeitslosigkeit. Sie gehen auf das Chaos in der Umweltpolitik zurück. Das hat Barschel in dem "Panorama"-Interview gesagt.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Unterhalten Sie sich lieber einmal mit Ihren eigenen Kollegen, wie Sie sich in einer solchen Situation in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung darstellen.

Ich glaube, daß die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und auch dieser Ministerpräsident hier ganz anders dastehen, als Sie das hier in diesem Hohen Hause darstellen wollen.

Ich möchte auf eines hinweisen. Gestatten Sie mir, daß ich an dieser Stelle eine Bemerkung dazu mache. Das ist die Berichterstattung über die Beratung gestern, das sind unsere Freunde und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses, das ist die F.D.P., die in der Presse von der "Abstimmungsguillotine der Mehrheitsfraktion der SPD" spricht

(Zustimmung bei der F.D.P.)

- Klatschen Sie nur! - und damit in Wahrheit die Mehrheitsverhältnisse und das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai ad absurdum führen will. Wie stellen Sie sich das denn mit den Mehrheiten in diesem Hause vor? Als Sie im Hauptausschuß Ihre Anträge vorgebracht haben, habe ich festgestellt: das war so müde, so unengagiert! Sie haben noch nicht einmal die Mehrheitsfraktion gezwungen, in die Auseinandersetzung über Ihre Anträge einzutreten. Ich habe gehört, das war in anderen Ausschüssen genauso. Man kann gar nicht davon reden, daß man über Sie hinweggegangen wäre. Sie haben nicht einmal mit Engagement zu Ihren eigenen Anträgen gestanden.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Sich dann aber hier vor die Öffentlichkeit zu stellen und zu sagen, dies wäre eine Mehrheitsguillotine, die herabfällt - was ist denn das für ein parlamentarisches Verhalten, wenn ich danach zurückfragen darf? Sie sind doch nicht vom Wähler hierhingeschickt worden, damit Sie hier sitzen und mundlos und sprachlos die Debatten verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Die Wähler in Schleswig-Holstein haben Sie schon um 50 % reduziert. Passen Sie auf, daß Ihnen das hier nicht noch einmal passiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Rohde (F.D.P.))

(Büssow (SPD))

- (A) - Herr Dr. Rohde, Sie können sehr gut über die Presse mit uns kommunizieren. Wir lesen auch immer Ihre Statements. Damit kommen Sie auch in die Presse. Aber ob das für eine parlamentarische Fraktion der richtige Weg, die richtige Strategie ist! Wir würden uns gern inhaltlich mit Ihnen auseinandersetzen.

(Zuruf von der F.D.P.)

Präsident Denzer: Herr Kollege Büssow, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rohde.

(Büssow (SPD): Selbstverständlich!)

- Herr Abg. Dr. Rohde, Sie haben das Wort.

Dr. Rohde (F.D.P.): Darf ich damit, Herr Büssow, feststellen, daß Sie bedauern, daß Sie als Abstimmungsquillotine funktioniert haben?

Büssow (SPD): Nein. Wissen Sie, was ich bedauert habe? Das will ich Ihnen sagen. Indem Sie sich hier nicht mehr äußern, besteht für das Parlament und auch für die Fraktion keine Möglichkeit mehr, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen, auf Ihre Anträge in der Sache einzugehen und darzustellen, daß sie in der Sache nicht stimmig sind. Sie schützen sich in Wahrheit dadurch vor Kritik oder machen sich gegen Kritik in der öffentlichen Auseinandersetzung immun.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Das widerspricht den demokratischen Gepflogenheiten, wie es da unten heißt: "Wort und Widerwort". Dem entziehen Sie sich. Bitte, machen Sie so weiter. Wenn es honoriert wird, bitte schön. Aber ich wollte das hier doch einmal kommentiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Beratung des Einzelplanes 09 im Hauptausschuß hat sich auf die Frage der Personalausstattung und des Ministeriums für Bundesangelegenheiten konzentriert. Dabei ging es ausschließlich um die herausgehobenen Beamtenpositionen. Angesichts der für unser Land äußerst wichtigen Funktion dieses Ressorts steht für uns außer Zweifel, daß es erforderlich war, dem hierfür verantwortlichen Minister einen Staatssekretär beizugeben. Dies ist insbesondere übrigens auch deshalb erforderlich, weil der Minister uns im Hauptausschuß erklärt hat - wir stimmen dem zu -, daß er beabsichtige, die Aktivitäten seines Hauses insbesondere auf folgenden Gebieten zu verstärken: bei der unmittelbaren Kontakt-

pflüge zu den Bundesministerien, bei den dringend notwendigen Beziehungen zu den Auslandsmissionen in Bonn und bei den Kontakten des Landes zu den europäischen Institutionen. Im übrigen werden Europafragen, wenn ich richtig informiert bin, Herr Kollege Heimes, auch in Bonn erörtert. Alle europäischen Verordnungen müssen vom Bundesrat und vom Bundestag bestätigt werden. Daher ist es auch richtig, daß die Länder, die davon betroffen sind, sich entsprechend ihrer Größe einbringen.

(C)

(Elfring (CDU): Das ist aber doch nicht neu!)

Herr Kollege Heimes, das, was die nordrhein-westfälische Landespolitik derzeit in Bonn getan hat, als wir in Bonn die Regierung gestellt haben, nämlich Bonn durch nordrhein-westfälische Politik zu stützen, war doch, bitte schön, richtig. Seit wir keine sozialdemokratische Regierung mehr in Bonn haben, sehen wir doch, welches Ausmaß - darüber haben wir auch gestern schon geredet - an sozialem Leid in der ganzen Bundesrepublik durch ihre Kürzungspolitik erfolgt ist.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU): Sie reden doch Kappes!)

Die Rede, die Kollege Arentz heute morgen hier gehalten hat - er mußte selber über seinen eigenen Beitrag lachen -, hat die Verhältnisse der Bundesrepublik wirklich auf den Kopf gestellt. Das können Sie hier sagen, unter Abwesenheit der Presse oder unter Abwesenheit der Öffentlichkeit. Im Land sehen die Menschen das anders.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Die Berechtigung einer Staatssekretärsstelle für das Ministerium für Bundesangelegenheiten ist weder von der Landesregierung noch von der SPD-Fraktion nach den Beratungen in Zweifel gezogen worden. Wir begrüßen vor allem, daß es möglich war, dies durch Verlagerung aus einem anderen Haus zu bewerkstelligen, um mithin keine neue B-10-Stelle auszuweisen. Man möchte sagen, das liegt auch in der Organisationshoheit der Landesregierung, wie sie nun ihre manpower organisiert.

Daneben hat eine weitere hochdotierte Position im Ministerium für Bundesangelegenheiten bei den Beratungen eine Rolle gespielt. Ich brauche das hier nicht zu vertiefen, weil wir vereinbart haben, diese Sache im Ausschuß einvernehmlich zu regeln, besonders als der Minister erklärt hatte, daß bei späterem

(Büssow (SPD))

- (A) Wegfall dieser Stelle hierfür kein Ersatz geschaffen wird. Uns genügt hier die Aussage des Ressortsschefs im Hauptausschuß.

Generell sollten wir festhalten, daß das Ministerium für Bundesangelegenheiten keinesfalls überproportional, wie Herr Heimes hier darstellen wollte, ausgestattet ist, wenn man unsere Landesvertretung mit denjenigen anderer Bundesländer vergleicht. Bedenklich stimmt mich dann allerdings die Stellungnahme des Gutachterdienstes des Landtages zum Einzelplan 09 für den Haushalts- und Finanzausschuß, die auch bei den Beratungen im Hauptausschuß eine Rolle gespielt hat. Dort wird etwa ausgeführt, daß in Nordrhein-Westfalen als einzigem Bundesland ein Minister und ein Staatssekretär das Bundesratsministerium führen würden. Der Gutachterdienst kommt zu dem Ergebnis, daß Niedersachsen neben einem Minister auch einen Staatssekretär habe. Im übrigen wird auch die Landesvertretung Baden-Württemberg durch einen Minister und einen Staatssekretär geleitet. Das gilt auch in weiteren Fällen, auch für Bayern.

Bevor nun die Landtagsverwaltung mit ihrem Gutachterdienst zu derartigen, scheinbar eindeutigen Bewertungen kommt, die zudem den Anstrich der Amtlichkeit haben, sollte hier vielleicht doch etwas umfassender recherchiert werden, bevor solche Aussagen getroffen werden. Dabei hätte übrigens auch eine Auswertung des Hauptausschußprotokolls vom 15. Januar 1986 ganz hilfreich sein können.

(B)

Aber selbst der Gutachterdienst des Landtags kommt ja zu dem Ergebnis, daß gegen den Entwurf des Stellenplans 1986 im Einzelplan 09 keine Bedenken bestehen. Die Stelleneinrichtung für einen Staatssekretär sei politisch zu beurteilen. Dies ist in der Tat so, und das wollen wir uns auch nicht nehmen lassen.

Abschließend noch ein Wort zur Gesamtausstattung des Ministers für Bundesangelegenheiten! Berücksichtigt man lediglich die Beamten und Angestellten - und dies ist erforderlich, um eine Vergleichbarkeit herzustellen -, dann ist festzustellen, daß unsere Landesvertretung in Bonn wesentlich sparsamer ausgestattet ist als etwa diejenigen der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb keine Veranlassung, an dem Erfordernis und der Sinnhaftigkeit der Personalausstattung des Ministeriums für Bundesangelegenheiten zu zweifeln.

Wir werden deshalb dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf des Einzelplans 09 ohne jede Veränderung zustimmen.

(C)

(Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU):  
Das ist für mich überraschend!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Prof. Dr. Farthmann das Wort.

Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ist eben in der Diskussion ein Wort gefallen, das in den Beratungen dieses Parlaments unwürdig sein sollte. Ein demokratischer Wettbewerb um die Kanzlerkandidatur ist bezeichnet worden mit dem Wort, mit dem Hitler 1933 die Macht ergriffen hat. Es ist das Wort "Macht-ergreifung" hier gefallen. Darunter versteht man nicht den demokratischen Wettbewerb um Stimmen, sondern die gewaltsame Ergreifung der Macht. Dieses Wort kann hier nicht stehenbleiben!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Deswegen bitte ich Herrn Abg. Heimes oder die CDU-Fraktion, sich für diesen Ausdruck zu entschuldigen, dieses Wort hier zurückzunehmen, sonst können wir an den Beratungen nicht mehr teilnehmen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Dr. Worms das Wort.

(D)

Dr. Worms (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Farthmann, die Unterstellung des Inhaltes des Wortes, das Herr Kollege Heimes gesagt hat, können wir einfach nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU - Pohlmann (SPD):  
Es war nicht frei formuliert, es war abgelesen, Herr Worms!)

Es gibt in der Tat, Herr Kollege Farthmann, eine Fülle von Worten, die in unseliger Zeit, zur Zeit des Dritten Reiches, benutzt worden sind. Von einer gemeinsamen Bedeutung dieser Worte distanzieren wir uns gestern, heute und auch morgen! Darüber gibt es keinen Zweifel.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Staatssekretär, Herr Nehrling, hat nach 1966 ein Buch geschrieben: "Machtwechsel in Düsseldorf".

(Zuruf des Abg. Pohlmann (SPD)  
- Weitere Zurufe von der SPD)

(Dr. Worms (CDU))

- (A) - Meine Damen und Herren, nun wollen wir doch jetzt hier nicht in Wortklauberei verfallen. Ich sage Ihnen für die Christlich-Demokratische Union: Es lag dem Kollegen Heimes fern, in dieses Wort etwas hineinzupinterpretieren,

(Zuruf des Abg. Hunger (SPD))

was in irgendeiner Form mit dem Dritten Reich in Verbindung steht. Das sage ich Ihnen.

Auf der anderen Seite behalten wir hier im Plenum die Freiheit, deutsche Worte so zu benutzen, wie sie aus dem Duden heraus, aus dem Inhalt heraus auch gesagt werden dürfen.

(Beifall bei der CDU - Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Elfring (CDU): Dann darf ich auch nicht mehr zum "ADAC" gehen! - Zurufe von der SPD: Was hat das mit dem Duden zu tun?)

Noch etwas, meine Damen und Herren!

(Fortdauernde Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Ich weiß nicht, warum Sie sich aufregen. Alle deutschen Sprachwissenschaftler bedienen sich halt des Dudens. Selbst hohe deutsche Gerichte bedienen sich des Dudens bei anstehenden Beleidigungsprozessen, um Worte inhaltlich richtig deuten zu können, so wie der Duden deutsche Worte interpretiert.

(B)

(Henning (SPD): Haben Sie den Duden schon einmal gelesen?)

- Ja, die letzte Ausgabe, und ich kenne auch den Wandel, der in dieser letzten Ausgabe zum Ausdruck kommt.

(Erneut Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas sagen. Das hat etwas mit dem Klima in diesem Hause zu tun.

(Unruhe bei der SPD)

- Kann man denn hier überhaupt nichts mehr sagen, ohne daß Sie gleich nervös werden?

Ich habe zu Beginn der zweiten Lesung gesagt: Wir plädieren für eine Reform der Etatberatungen. - Meine Damen und Herren, wir stellen hier fest: Auf das, was von der Opposition vorgetragen wird, ob in Ausschüssen oder im Plenum, sind Sie von der Mehrheitsfraktion nicht mehr bereit, in der Sache

einzuweichen! Genau das ist der Punkt, um den es hier geht! (C)

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat Herr Ministerpräsident Rau.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin im Blick auf die Wortwahl in der parlamentarischen Debatte nicht übersensibel: nicht in bezug darauf, daß mir politisch unlautere Motive unterstellt werden, nicht in bezug darauf, daß mir unterstellt wird, ich wollte ein Ministerium benutzen, um dort Wahlkampfarbeit zu betreiben,

(Zurufe von der CDU)

wohl aber in bezug auf die Unterstellung, es gehe mir neben dem Machterhalt in Düsseldorf um die "Machtergreifung" in Bonn, mit diesem Wort formuliert, ob es im Duden steht oder nicht. Und zwischen "Machtergreifung" und "Machtwechsel" ist wahrlich ein qualitativer Unterschied!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wer irgendeinem, der sich in dieser Demokratie um Mehrheiten bemüht, "Machtergreifung" unterstellt, dem wird ein solches Wort lange nachgehen, wenn er es nicht mannhaft aus der Welt schafft! (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Biedenkopf. Dann folgt Abg. Dr. Farthmann und dann Abg. Dr. Rohde. - Herr Kollege Biedenkopf, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Biedenkopf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß diese plötzlich aufgetretene Spannung deutlich macht, welche Schwierigkeiten wir mit unserer Vergangenheit haben, und daß sie deutlich macht, wie ungeheuer problematisch es immer wieder werden kann, und zwar völlig unerwartet, daß das geschehen ist, was Bernhard Worms vorhin als die Besetzung von Worten durch ein Regime des Unrechts bezeichnet hat.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, ich kann das hier sagen, ohne zu sehr in die Details zu gehen: Sie wissen, daß gerade ich mich bei der Bewältigung von Problemen in diesem Bereich, der hier berührt worden ist - und zwar in für mich überzeugender Weise



(Dr. Biedenkopf (CDU))

- (A) gesichert nicht absichtlich -, entschlossen habe, Ihre Hilfe mit in Anspruch zu nehmen. Wir haben uns in persönlichen Gesprächen, über die zu berichten ich nicht die Absicht habe, über die ungeheure Problematik unserer Vergangenheit und ihre Handhabung auch in der kritischen Gegenwart verständigt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich doch der Feststellung von Bernhard Worms anschließen, daß wir - ich will Bernhard Worms so interpretieren - bei allem Verständnis für das, was sich in uns bewegt, wenn wir solche Worte hören, versuchen müssen, sie nicht auf Dauer mit einem historischen Abschnitt unserer Geschichte zu befrachten, den niemand von uns beseitigen will. Sie haben sich am letzten Sonntag in Duisburg in Anwesenheit des Bundespräsidenten - ich habe es in Minden-Lübbecke um die gleiche Zeit getan - mit dieser Vergangenheit befaßt. Ich habe in meinen Worten dazu gesagt: Es kann unter keinen Umständen so sein, daß die nächste Generation sagt: Wir hatten nicht nur nichts damit zu tun, sondern wir brauchen uns auch nicht mehr zu erinnern.

Wir müssen uns erinnern. Vor dieser Erinnerung ist der Begriff unglücklich; das räume ich vollkommen ein. Ich sage das für mich persönlich, und ich bin überzeugt davon: Wenn Herr Heimes vorher gewußt hätte, was er mit dem Wort auslöst, dann hätte er es nicht verwendet.

- (B) (Zuruf von der SPD: Er hat es aufgeschrieben!)

- Meine Herren, geben Sie uns - bei allem Streit in der zweiten Lesung - doch die Möglichkeit, diese schwierige Frage in einer Weise zu Ende zu bringen, wie wir sie jetzt zu Ende zu bringen versuchen.

Ich habe mir überlegt - Herr Ministerpräsident, ich will nicht vom Thema abkommen -: Wie sollte ich den Begriff Machtübernahme, den ich ohne weiteres auf einen demokratischen Wechsel anwenden würde, und Machtergreifung in einem demokratischen Prozeß in seiner Unterschiedlichkeit meinen Kindern erläutern? Ich könnte es ihnen nur durch einen Rückgriff auf die Vergangenheit erläutern, indem ich sagte: Es gab einen Vorgang in der Geschichte unseres Landes mit schrecklichen Ergebnissen. Dieses Wort darf nie wieder verwendet werden. Ich könnte mich zu der letzten Schlußfolgerung auch für unsere Generation durchringen, aber nicht auf Dauer.

Ich möchte Sie im Anschluß an das, was Bernhard Worms gesagt hat, versichern, daß

es niemanden in meiner Fraktion gibt, der auch nur im entferntesten auf die Idee kommen würde, daß es irgend jemanden in der Sozialdemokratischen Partei gibt - den Ministerpräsidenten dieses Landes eingeschlossen -, der sich eine Veränderung der Machtverhältnisse in Bonn anders denn auf demokratische Weise vorstellen kann (C)

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

und der je glauben würde, daß es irgend jemanden in der Sozialdemokratischen Partei geben könnte - unseren Ministerpräsidenten eingeschlossen -, der auch nur mit dem Gedanken spielt, einen anderen Weg zur Macht als den von unserer Verfassung vorgeschriebenen legitimen Weg zu suchen. Und wenn das bei dem Wortgebrauch nicht deutlich geworden sein sollte, dann möchte ich diesen Wortgebrauch in diesem Sinne korrigieren. Ich bitte Sie, das so anzunehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat Herr Abg. Professor Dr. Farthmann.

(Dr. Farthmann (SPD): Ich verzichte!)

- Sie verzichten.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Ich verzichte!)

- Sie verzichten. (D)

Mir liegen somit keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich gehe davon aus, daß der Zwischenfall nach dieser Erklärung beigelegt ist. Danke schön.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 09 - Minister für Bundesangelegenheiten - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/729 zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entwurf des Einzelplans 09 ist in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Wir kommen nun zu den noch ausstehenden Abstimmungen.

Zunächst zu Einzelplan 05! Hierzu liegen Ihnen mit den Drucksachen 10/796 bis 10/799 vier Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor.